



VON ALEXANDER KRITIKOS

Griechenland setzt seine Zukunft aufs Spiel

Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Am 20. August endet das dritte Hilfsprogramm für Griechenland. Was wurde im Austausch für neue Kredittranchen nicht alles reformiert: Die Renten und Sozialleistungen wurden mehrfach gekürzt, die staatlichen Löhne und der private Mindestlohn gesenkt, die Zahl der Staatsbediensteten reduziert, die Steuern mehrfach erhöht.

Diese Schritte dienten der Sanierung des Staatshaushalts – angesichts der jüngst erzielten Primärüberschüsse durchaus ein Erfolg. Aber die Reformen blieben nicht ohne Nebenwirkungen: Sie führten zu einem dramatischen Rückgang der Binnennachfrage. Die Wertschöpfung in den gewerblichen Unternehmen schrumpfte um 42 Prozent und führte in der Folge zu hoher Arbeitslosigkeit und Armut. Ein Erreichen des Vorkrisenniveaus bleibt in weiter Ferne.

Mit dem Ausstieg aus den Hilfsprogrammen will die griechische Regierung nun ein Signal an Märkte und Investoren senden: Die makroökonomischen Turbulenzen der vergangenen zehn Jahre stellten kein Wachstumshindernis mehr dar.

Die Gläubiger Griechenlands unterstützen dies durch die Schaffung eines Liquiditätspuffers und einer Verschnaufpause bei der Tilgung der Staatsschulden bis zum Jahr 2032. Nur erwarten sie im Gegenzug von Athen hohe Primärüberschüsse von jährlich 3,5 Prozent des BIP bis zum Jahr 2023 und 2,2 Prozent bis zum Jahr 2060. Man muss also von einem vierten Hilfsprogramm sprechen.

Eine solche Vorgabe ist ein Misstrauensvotum und ökonomisch wenig sinnvoll. Denn sie schränkt die Instrumente griechischer Regierungen erheblich ein, durch öffentliche Investitionen Wachstum zu fördern und die Wirtschaft anzukurbeln.

Aber es geht um mehr als um diese vorläufige Stabilisierung des makroökonomischen Umfelds und die Beschränkung der Handlungsfähigkeit der Regierung. Griechenland braucht die richtigen Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur.

Jenseits stark deregulierter Arbeitsmärkte blieben in den acht Jahren viele Strukturreformen liegen. Produktmärkte sind immer noch überreguliert, der Staatsapparat ist ineffizient, die öffentliche Verwaltung funktioniert schlecht. Das Steuersystem ist unzuverlässig, die Bürokratie überbordend, zahllose sich widersprechende Vorschriften belasten den unternehmerischen Alltag. Das Justizsystem hat sich gar verschlechtert. Hinzu gekommen sind immer höhere Steuersätze und die Notsituation der Banken. Auch das Innovationssystem Griechenlands hat unter der Krise gelitten. Dabei hat das Land viel Potential, nicht nur im Tourismus, sondern auch in der Logistikbranche und vor allem in den wissensintensiven Dienstleistungen, etwa den IT-Dienstleistungen.

Es gibt handfeste Gründe, warum diese Reformen nicht eingeleitet wurden: Die Unternehmen, die in stark regulierten Märkten tätig sind, fühlen sich darin durchaus wohl. Schließlich wird das Eindringen neuer Unternehmen erschwert, die für mehr Wachstum, aber auch für mehr Wettbewerb sorgen. Auf der anderen Seite sichert sich die Bürokratie ebenso wie Politikerinnen und Politiker mit Hilfe widersprüchlicher Verwaltungsvorschriften ihren Teil am Kuchen. Es gibt also eine implizite Vereinbarung zweier starker Interessengruppen, genau diesen Teil der Strukturreformen außen vor zu lassen – zulasten Dritter.

Was fehlt, ist eine Regierung, die die Gesamtinteressen des Landes über Partikularinteressen stellt und den immer noch anstehenden Reformprozess strategisch neu ausrichtet. Und Gläubiger, die ihre Forderungen nach Primärüberschüssen abmildern, wenn diese Reformen doch noch angegangen und die frei werdenden Mittel sinnvoll verwendet werden: staatliche Investitionen in das griechische Innovationssystem etwa oder der Aufbau eines modernen sozialen Sicherheitsnetzes, das notwendig ist, um die negativen Folgen der Arbeitsmarktderegulierung abzufangen. Griechenland braucht angebotsorientierte Reformen, um private Investitionen zu steigern und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu gelangen. Bleibt alles beim Alten, sind die Zukunftsperspektiven des Landes bescheiden.

Eine längere Fassung dieses Beitrags erschien am 7. August 2018 in der Süddeutschen Zeitung.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 15. August 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström,
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Jörn Richstein

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter